

Mit Wirtschaftskraft zu mehr Wohlstand

Analyse

INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
10117 Berlin

Ansprechpartner:

Christoph Schröder

Kontakt Daten Ansprechpartner

Christoph Schröder
Telefon: 0221 4981 773
Email: schroeder.christoph@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Einleitung	5
2 Deutschland im internationalen Vergleich	6
3 Was wir haben und tun: Besitz und Freizeit	8
4 Wie es uns geht: Gesundheit und Lebenserwartung	12
5 Wie wir uns entwickeln: Bildung und Forschung	16
6 Was uns umgibt: Umwelt und Sicherheit	21
7 Allgemeiner Trend und Fazit	25
Literatur	27
Tabellenverzeichnis	29
Abbildungsverzeichnis	29

Zusammenfassung

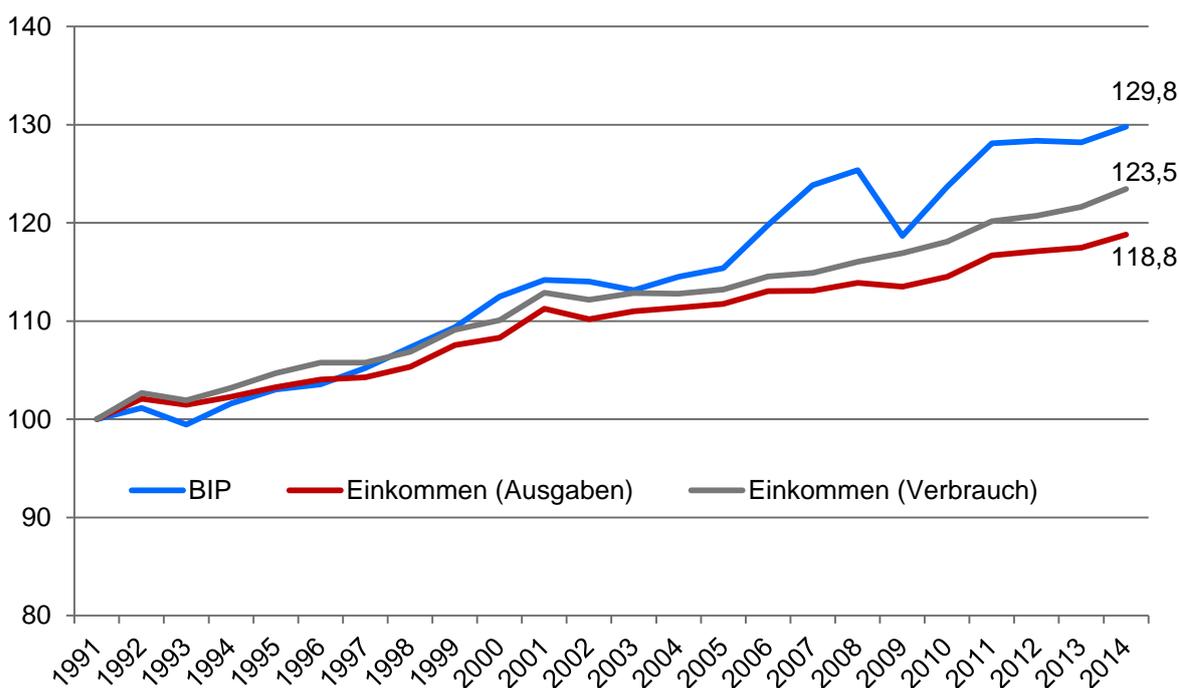
Die Wirtschaftsleistung je Einwohner ist in Deutschland seit Anfang der 1990er-Jahre um knapp 30 Prozent gestiegen. Das verfügbare Einkommen stieg zumeist parallel dazu. Vor allem in der Phase zwischen 2003 und 2007 als Deutschland seine Angebotsbedingungen verbessern musste und im Vergleich zur Produktivitätsentwicklung niedrige Lohnanschlüsse vereinbart wurden, stieg das Bruttoinlandsprodukt jedoch schneller als das Einkommen. Im internationalen Lebensqualitätsvergleich nimmt Deutschland aktuell einen Platz am unteren Rand des obersten Drittels ein. Das wirtschaftliche Wachstum und das höhere Einkommen wurde nicht durch Einschnitte in anderen Lebensbereichen erkauft, sondern es gab auch dort meist nennenswerte Verbesserungen. So stieg die Wohnfläche je Einwohner seit 1991 um mehr als 10 Quadratmeter. Die Lücken in der Sanitärausstattung wurden weitgehend geschlossen und auch der Anteil der überbelegten Wohnungen wurde halbiert. Was kulturelle Aktivitäten und Kulturausgaben angeht, lässt sich zwar keine Zunahme erkennen, dennoch erhöhte sich die Zufriedenheit mit der Freizeit. Die Lebenserwartung stieg bei ungefähr gleichbleibender Zufriedenheit mit der Gesundheit in den letzten 25 Jahren um fast 5 Jahre. Deutlich ausgebaut wurde die Kleinkinderbetreuung. Rechnerisch hat nun fast jedes Kind zwischen drei und fünf Jahren einen Betreuungsplatz. Bei den unter 3-jährigen hat sich die Quote deutlich erhöht, liegt aber aktuell noch bei lediglich einem Drittel. Deutlich gesunken ist die Zahl der Erwerbstätigen ohne Berufsabschluss, während der Anteil der Erwerbstätigen mit tertiärer Ausbildung deutlich anstieg. Schließlich konnten die Luftschadstoffe und Klimagase deutlich verringert werden. Auch die Abfallmenge ging zurück. Trotz höherer Wirtschaftsleistung sank der Primärenergieverbrauch leicht ab. Etwas mehr Menschen als zur Jahrtausendwende werden Opfer von Gewaltkriminalität, wobei aber Mord und Totschlag seltener geworden sind. Deutlich gesunken sind die Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung. Die neuen Bundesländer haben in vielen Bereichen aufgeholt – beispielsweise bei Wohnungsgröße und -ausstattung und bei der Lebenserwartung. Anders als im Westen hat sich aber die Zufriedenheit mit der Gesundheit im Osten verschlechtert und auch die Studienberechtigtenquote ist in Ostdeutschland weit unterdurchschnittlich angestiegen.

1 Einleitung

Deutschland ist in den letzten Jahren zum wirtschaftlichen Primus in Europa geworden. Das war nicht immer so: So erhielt Deutschland Ende der 1990er-Jahre von der renommierten britischen Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ den Schmähtitel „Sick man of Europe“ verliehen und erst mit dem Wirken der Agenda 2010 setzte die wirtschaftliche Gesundung mit dem Abbau der Arbeitslosigkeit und dem im europäischen Vergleich hohen Wirtschaftswachstum ein. Dennoch stieg die Wirtschaftsleistung je Einwohner seit Anfang der 1991 um insgesamt fast 30 Prozent – trotz Phasen sehr schwachen Wachstums in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre und in den ersten fünf Jahren des neuen Jahrtausends (Abbildung 1-1). Das verfügbare Einkommen konnte nicht ganz Schritt halten. Vor allem war dies im Zeitraum 2003 und 2007 der Fall, als Deutschland auch durch moderate Lohnerhöhungen seine Angebotsbedingungen verbesserte. Dies dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die globale Wirtschaftskrise mit dem Tiefpunkt im Jahr 2009 ohne Verluste an Arbeitsplätzen und Einkommen überwunden wurde. Zudem wurden die Sachleistungen des Staates (überwiegend Gesundheitsleistungen der gesetzlichen Krankenkassen) stark ausgebaut. Da es für diese Leistungen aber keinen eigenen Preisindex gibt, lässt sich der Effekt preisbereinigt nicht exakt berechnen.

Abbildung 1-1: Wirtschaftsleistung und Verfügbares Einkommen

Angaben preisbereinigt je Einwohner; 1991 = 100



BIP: Bruttoinlandsprodukt; Einkommen: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner; Einkommen (Ausgaben): rein monetäres Einkommen, das für die Konsumausgaben der privaten Haushalte genutzt werden kann; Einkommen (Verbrauch): Hier ist der Einkommensbegriff weiter gefasst als beim Ausgabenkonzept. Hinzu kommen die sozialen Sachleistungen des Staates (überwiegend Waren und Dienstleistungen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten der Versicherten gekauft werden (z. B. Arztleistungen, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel); Preisbereinigung der Einkommen nach Verbrauchskonzept mit dem selben Deflator wie beim Einkommen nach Ausgabenkonzept – daher nur Näherungswert.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

In der vorliegenden Analyse, soll nun untersucht werden, ob der wirtschaftliche Fortschritt auch mit einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung einherging, oder ob er vielmehr durch Einbußen und Einschnitte in anderen Bereichen teuer erkauft wurde. Betrachtet werden die Bereiche Wohnen, Gebrauchsgüterausstattung und Freizeit, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Sicherheit. Zunächst wird aber ein kurzer Blick auf Deutschland im internationalen Vergleich geworfen.

2 Deutschland im internationalen Vergleich

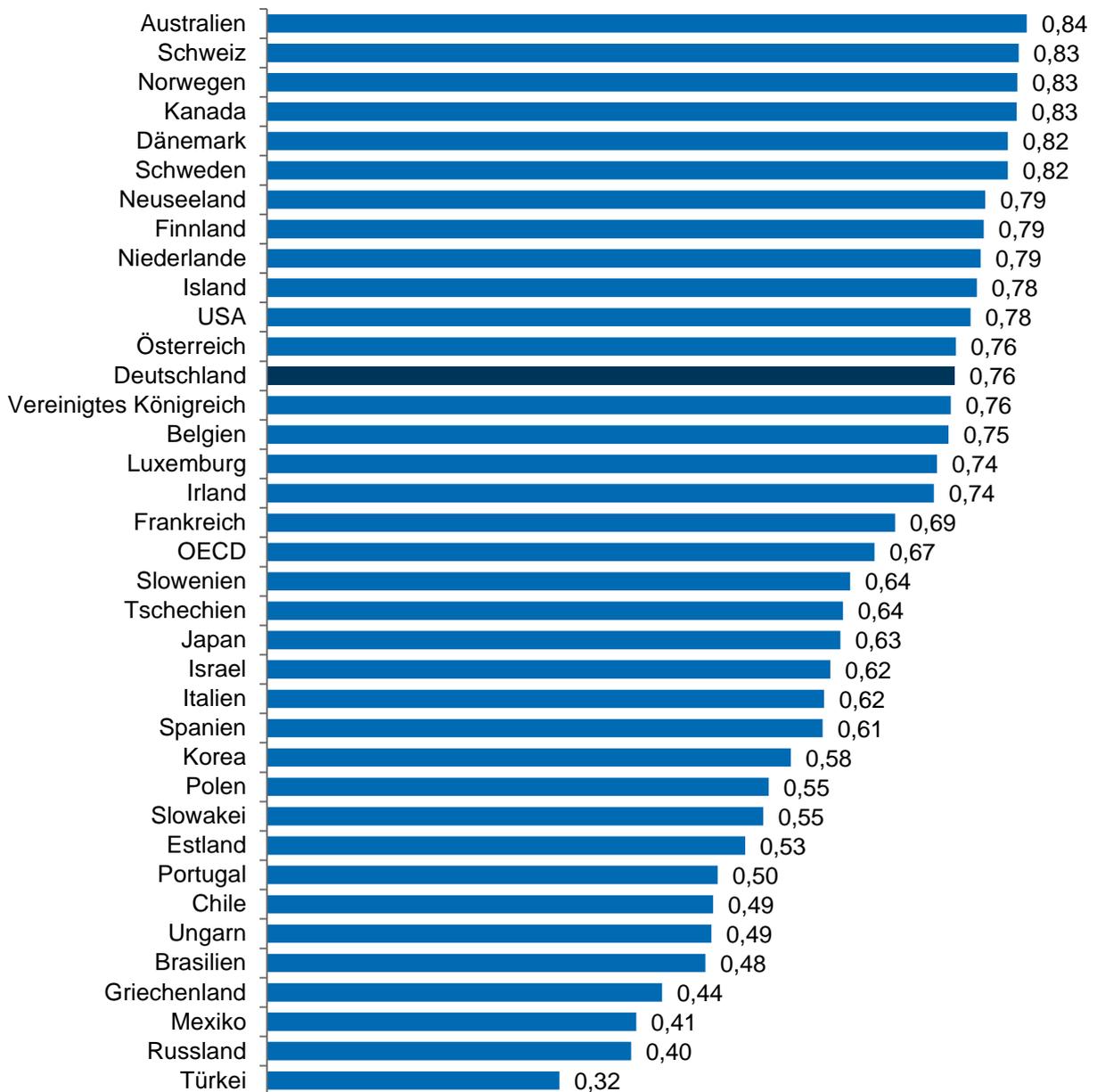
Die OECD veröffentlicht seit einigen Jahren den von ihr so benannten Better Life Index (BLI). Dies ist ein Index der Lebensqualität der die Bereiche Wohnen, Einkommen, Arbeit, soziale Einbindung, Bildung, Umwelt, politische Beteiligung, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit und Work-Life-Balance umfasst. Alle Bereiche sind in der Voreinstellung gleichgewichtig, können und sollen aber interaktiv nach den Benutzerpräferenzen gewichtet werden. In den europäischen Ländern und in Nordamerika werden bis auf wenige Ausnahmen Gesundheit und Lebenszufriedenheit als wichtigste Kategorien genannt, in Südamerika ist dies überwiegend die Bildung, in Afrika oft auch das Einkommen, während den Australiern eine gute Work-Life-Balance besonders wichtig ist.

Hier werden neben Gesundheit und Lebenszufriedenheit auch Bildung und Arbeit doppelt gewichtet, da beide Kategorien sehr wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe und die persönlichen Entwicklungschancen sind. Abweichend von der OECD wird im Bereich Wohnen der Anteil des Wohnens an den Verbrauchsausgaben nicht bewertet, weil er als zu ambivalent erscheint – ein hoher Anteil kann sowohl hohe Präferenzen für das Wohnen als auch teure Mieten und hohe Hauspreise bedeuten. Zudem wurde im Bereich Einkommen/Vermögen das Einkommen gegenüber dem Vermögen stärker gewichtet, da das Vermögen wegen seiner größeren Streuung sonst eine zu dominierende Rolle gespielt hätte, und das Vermögen durch das Vermögenseinkommen auch einen direkten Einfluss auf das Einkommen hat und somit auch durch dieses repräsentiert wird.

Deutschland kommt bei dieser Modifikation des BLI auf den 13. Platz unter 36 Ländern und hat damit einen um 13 Prozent höheren Wert als der Durchschnitt der OECD (s. Abbildung 2-1). An der Spitze liegt Australien gefolgt von der Schweiz, den skandinavischen Ländern und Kanada. Auch die USA und die Nachbarn Österreich und die Niederlande sind noch vor Deutschland platziert. Von den größeren Ländern in der EU ist dagegen nur das Vereinigte Königreich gleichauf mit Deutschland während Frankreich, Italien und Spanien bereits deutlich zurückliegen. Am Ende der Rangliste liegen mit Mexiko, Russland und der Türkei Länder mit vergleichsweise geringer Wirtschaftskraft. Sehr schlecht ist auf der viertletzten Position auch Griechenland platziert, das damit in der EU mit Abstand am schlechtesten abschneidet. Insgesamt zeigt sich ein klarer Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Wirtschaftskraft, wenngleich mit Australien nicht das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Wirtschaftskraft vorne liegt. Die hier beschriebenen Modifikationen und Gewichtungen haben dabei keinen wesentlichen Einfluss auf die Reihenfolge.

Blickt man detaillierter in die einzelnen Bereiche, zeigt sich, dass Deutschland bei Einkommen, Arbeit, Bildung, Umwelt und Work-Life-Balance Top-Ten-Ränge einnimmt. Vergleichsweise schlecht schneidet Deutschland mit Platzierungen in der unteren Hälfte oder gar im untersten Drittel bei der Gesundheit – vor allem aufgrund einer vergleichsweise schlechten eigenen Gesundheitswahrnehmung – und bei der politischen Beteiligung ab.

Abbildung 2-1: Index der Lebensqualität
 Modifizierter Better Life Index (BLI) 2014 der OECD



Better Life Index: Index über die Lebensbereiche Wohnen, Einkommen/vermögen, Arbeit, soziale Einbindung, Bildung, Umwelt, politische Beteiligung, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit, Work-Life-Balance, Wertebereich von 0 (bei allen Einzelindikatoren schlechtestes Abschneiden) bis 1 (bei allen Einzelindikatoren bestes Abschneiden); Modifikation: Wohnen ohne Anteil der Ausgaben für Wohnen am Einkommen; Einkommen/Vermögen: dreifache Gewichtung des Einkommens gegenüber dem Vermögen; doppelte Gewichtung der Bereiche Arbeit, Bildung, Gesundheit und Lebenszufriedenheit.
 Quellen: OECD, eigene Berechnungen

Für den BLI ist kein Zeitvergleich möglich, da die Methodik von der OECD bisher jährlich abgewandelt und angepasst wurde und wohl auch weil es nicht zu allen Indikatoren lange Zeitreihen gibt. Da der Schwerpunkt dieser Untersuchung aber auf der zeitlichen Entwicklung und im Regionalvergleich liegt, werden bei der folgenden nationalen Betrachtung überwiegend andere

Indikatoren berücksichtigt. Zudem wird hier der Fokus mehr auf die gesellschaftliche Entwicklung und nicht so sehr auf die (gefühlte) individuelle Lebensqualität gelegt.

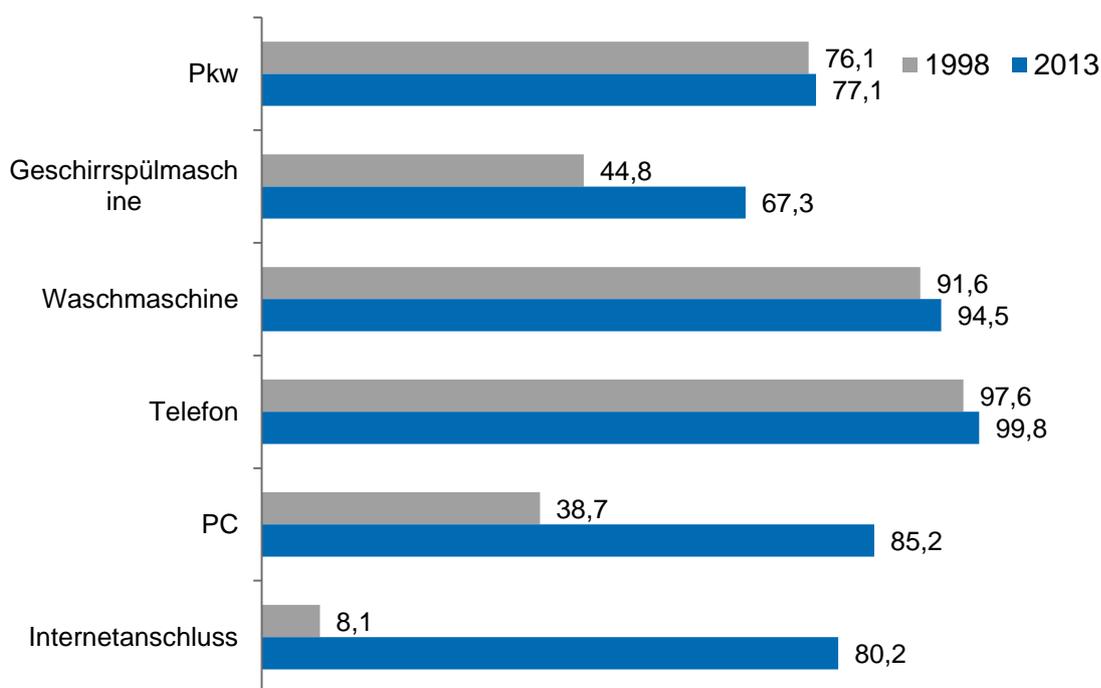
3 Was wir haben und tun: Besitz und Freizeit

Für die eher materielle Dimension der Gebrauchsgüterausstattung und der Wohnraumversorgung liegt ein positiver Zusammenhang mit dem Einkommen und damit auch mit der wirtschaftlichen Entwicklung nahe. Die tatsächliche Entwicklung belegt diese Annahme. So hat sich bei vielen Gebrauchsgütern der Ausstattungsgrad erhöht. Erstaunlich gering ist er beim Auto – die Zunahme beträgt hier nur einen Prozentpunkt (s. Abbildung 3-1). Mit jetzt 77 Prozent mag hier aber auch eine Sättigungsgrenze erreicht sein. Denn wer in der Stadt wohnt, kommt auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln klar oder braucht nur gelegentlich ein Auto. Hier bieten die inzwischen sehr zahlreichen Carsharing-Angebote eine Alternative zum eigenen Pkw, wenn die jährliche Fahrleistung gering ist.

Von sehr hohem Niveau aus hat sich die Verbreitung des Telefons noch ausgeweitet. Besaßen im Jahr 1998 bereits knapp 98 Prozent aller Haushalte ein Telefon, sind es jetzt 99,8 Prozent. Anders gewendet: Konnten oder wollten sich Ende der 1990er-Jahre 2,4 Prozent der Haushalte noch kein Telefon leisten, sind es jetzt noch verschwindend geringe 0,2 Prozent. Damit ist auch ein wichtiges Einzelmerkmal materieller Deprivation – es ist unbestritten, dass die Möglichkeit sich ein Telefon leisten zu können, in unserer Gesellschaft zum Mindestlebensstandard gehört – praktisch beseitigt. Beigetragen hat hierzu auch die technische Entwicklung: Dort, wo der Festnetzanschluss aus finanziellen Gründen womöglich noch immer fehlt, kann heute auch ein Mobiltelefon mit potentiell niedrigeren Grundgebühren die Lücke schließen.

Abbildung 3-1: Ausstattungsgrad mit Gebrauchsgütern

Von hundert Haushalten verfügen im Durchschnitt so viele über ...



Quelle: Statistisches Bundesamt

Neue Möglichkeiten der Kommunikation und der Information und somit auch – zumindest für sich genommen – einen gesellschaftlichen Fortschritt bietet das Internet. Dessen Verbreitung vollzog sich rasend schnell: Hatten im Jahr 1998 erst 8 Prozent aller Haushalte einen privaten Internetanschluss, waren es 2013 vier von fünf Haushalten. Dazu passend ist auch der Verbreitungsgrad von PCs enorm gestiegen und beträgt jetzt 85 Prozent. Hier sind es wieder die technologisch neueren Mobilgeräte, die eine zusätzliche Option bieten und somit die PC-Verbreitung beschleunigen. Aber auch bei traditionelleren Geräten wie Waschmaschine und Geschirrspüler hat sich die Verbreitung noch weiter erhöht. So gibt es jetzt nur noch in jedem dritten Haushalt keine Geschirrspülmaschine, 1998 fehlte sie noch in jedem zweiten.

Eine wichtige Grundlage für eine hohe Lebensqualität ist ein hoher Wohnkomfort – schon allein, um sich auch räumlich entfalten und sich gegebenenfalls innerhalb eines Haushalts auch zurückziehen zu können. Auch in diesem Bereich hat es deutliche Verbesserungen gegeben: Zwischen 1991 und 2012 ist die Wohnfläche je Einwohner um mehr als 10 Quadratmeter recht kontinuierlich gestiegen. Gleichzeitig wohnen heute mit 49 Prozent deutlich mehr Haushalte in den eigenen vier Wänden als zu Beginn der 1990er-Jahre (s. Abbildung 3-2).

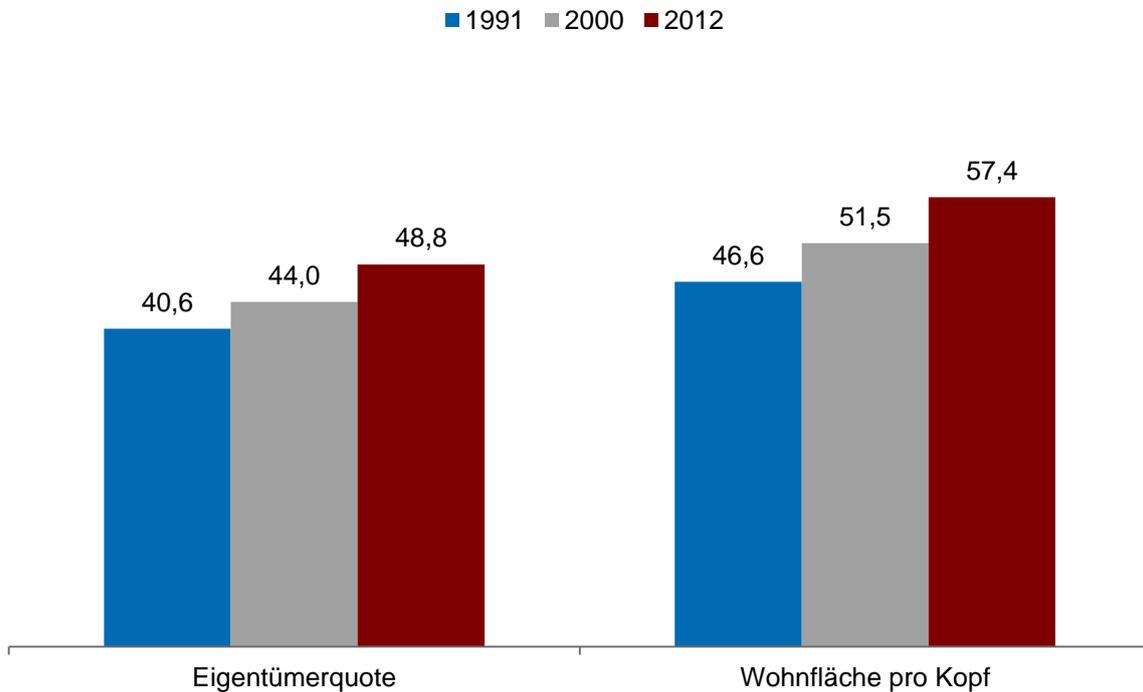
Der Blick auf die Bundesländer zeigt, dass die Bevölkerung in Saarland und im benachbarten Rheinland-Pfalz den meisten Raum zur Verfügung hat. Ihnen stehen jeweils rund 53 Quadratmeter pro Einwohner zur Verfügung (s. Abbildung 3-3). Hier wirkt sich der vergleichsweise hohe Anteil an Eigenheimen positiv aus. In den Stadtstaaten mit teurem Wohnraum und vielen Mehrfamilienhäusern ist die Wohnfläche je Einwohner mit 40 bis 43 Quadratmeter je Kopf dagegen am niedrigsten, obwohl dort viele Einfamilienhaushalte leben, die pro Kopf mehr Fläche benötigen als Mehrpersonenhaushalte. Die neuen Bundesländer liegen bei der Wohnfläche noch zurück. Der Abstand ist aber nicht mehr allzu groß. So hat Sachsen-Anhalt inzwischen Nordrhein-Westfalen überholt und liegt nur knapp hinter Baden-Württemberg. Ein weiteres Aufholen des Ostens scheint schon allein deshalb wahrscheinlich, weil der Trend zum Einpersonenhaushalt in den neuen Ländern noch stärker ausgeprägt ist als im Westen.

Nicht nur im Durchschnitt hat sich die Wohnfläche deutlich erhöht, es gibt jetzt auch deutlich weniger Haushalte, die in überbelegten Wohnungen leben, also weniger als einen Raum pro Person zur Verfügung haben. Betraf dies Anfang der 1990er-Jahre noch gut 7 Prozent der Haushalte in Westdeutschland und fast jeden sechsten ostdeutschen Haushalt, leben heute nur noch gut 3 Prozent der Haushalte beengt, wobei die neuen Bundesländer inzwischen sogar etwas besser dastehen als die alten.

Auch bei der Wohnungsausstattung gibt es kaum noch Mangellagen. So fehlt eine vollständige Sanitärausstattung mit Bad/Dusche und WC in der Wohnung nur noch bei weniger als 1 Prozent der westdeutschen und bei knapp 2 Prozent der ostdeutschen Wohnungen. Anfang der 1990er-Jahre musste dagegen noch jeder fünfte ostdeutsche Haushalt zumindest einen Teil seiner Toilette außerhalb der Wohnung verrichten. Weiter verbessert hat sich auf hohem Niveau auch die Ausstattung der westdeutschen Wohnungen, denn im Jahr 1991 mussten mit knapp 3 noch dreimal so viele Haushalte auf ein innenliegendes Bad und/oder WC verzichten wie heute.

Abbildung 3-2: Eigentümerquote und Wohnfläche pro Einwohner

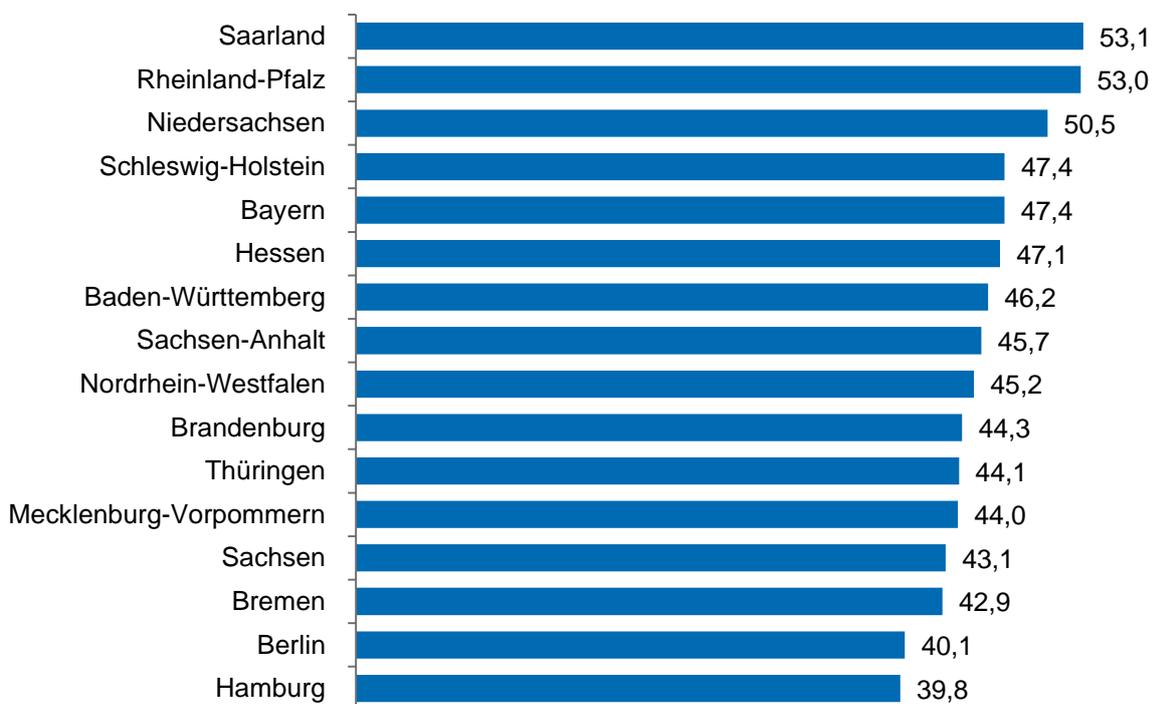
Eigentümerquote in Prozent aller Haushalte, Wohnfläche je Einwohner in Quadratmeter



Quelle: DIW

Abbildung 3-3: Wohnfläche pro Einwohner nach Bundesländern

im Quadratmeter im Jahr 2013



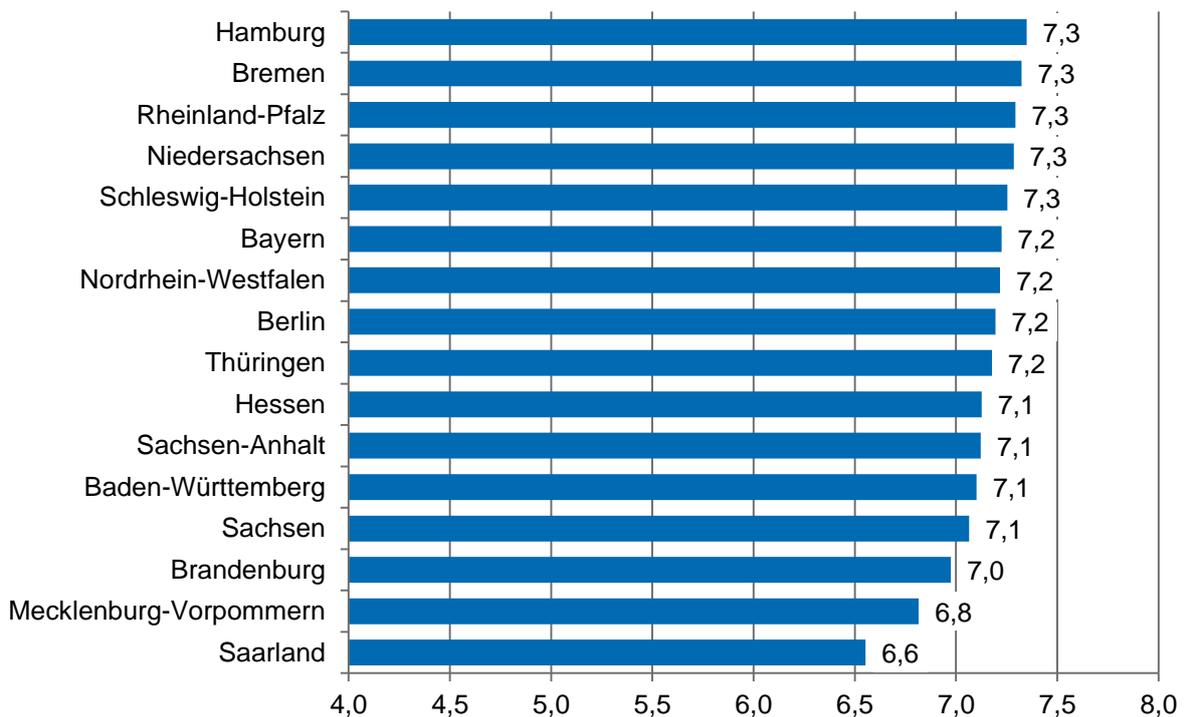
Quelle: Statistisches Bundesamt

Ob sich Deutschland als Land der Dichter und Denker auch kulturell weiterentwickelt hat, lässt sich anhand der amtlichen Statistik kaum belegen. Hier ist die Kulturstatistik nur für einen kurzen Zeitraum von 2005 bis 2009 durchgängig verfügbar. In dieser Phase sind die Kulturausgaben nominal um gut 10 Prozent gestiegen, unter Berücksichtigung von Preissteigerungen also substantiell nicht deutlich erhöht worden. Auch bei Museums- und Ausstellungsbesuchen lässt sich über die kurze Zeitspanne kein ansteigender Trend erkennen.

Über einen längeren Zeitraum lässt sich dagegen beobachten, wie die Deutschen generell mit ihrer Freizeit zufrieden sind. Hier zeigen sich in fast allen Ländern recht hohe Werte, die etwas über der allgemeinen Lebenszufriedenheit liegen. Die Frage nach der Freizeit ist im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) ganz offen gehalten und ist ein Unterpunkt der übergeordneten Frage nach der Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen. Man kann also beispielsweise mit seiner Freizeit unzufrieden sein, weil es in der Gegend keine passenden Freizeitangebote gibt, oder weil die freie Zeit als zu kurz empfunden wird. Gegenüber Anfang der 1990er-Jahre ist die Freizeit Zufriedenheit in fast allen Ländern angestiegen, wobei die ostdeutschen Länder merklich aufholten. Damit sind die Ostdeutschen mit ihrer Freizeit inzwischen fast so zufrieden wie die Westdeutschen. Insgesamt zeigen sich somit auf längere Sicht bei Besitz und Freizeit-zufriedenheit in den letzten beiden Jahrzehnten merkliche Verbesserungen.

Abbildung 3-4: Zufriedenheit mit der Freizeit

Wert auf einer Skala von 0 (völlig unzufrieden) bis 10 (höchst zufrieden) im Jahr 2012



Übergeordnete Frage: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens?;
 Frage: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Freizeit?
 Quellen: SOEP v29; eigene Berechnungen

4 Wie es uns geht: Gesundheit und Lebenserwartung

Die Gesundheit ist in vielen Ländern gerade Europas und Nordamerikas neben der Lebenszufriedenheit der für die Lebensqualität wichtigste Bereich. Beide Bereiche hängen zu dem eng zusammen. Denn eine gute Gesundheit wirkt sich positiv auf die Lebenszufriedenheit aus: Die Wahrscheinlichkeit eine hohe statt eine mittlere Lebenszufriedenheit zu haben ist bei einer mindestens befriedigend empfundenen Gesundheit fast doppelt so hoch wie bei einer als schlecht wahrgenommenen eigenen Gesundheit.

Dementsprechend ist die Gesundheit den Deutschen lieb und vor allem teuer: Im Jahr 2013 betragen die Gesundheitsausgaben 315 Milliarden Euro. Damit haben sich die Ausgaben innerhalb von 20 Jahren annähernd verdoppelt (Tabelle 4-1). Besonders erhöht haben sich die Aufwendungen der privaten Krankenkassen und der privaten Haushalte. Dies erklärt sich bei den privaten Krankenversicherungen aber auch über die im Vergleich zur Jahrtausendwende klar gestiegene Zahl der Vollversicherten und über die stark gestiegene Zahl von Zusatzversicherungen. Nicht nur bei allen Trägern, sondern auch bei den verschiedenen Ausgabenarten gab es überall deutliche Steigerungen. Am stärksten war der Ausgabenanstieg mit 2,8-mal so hohen Aufwendungen im Jahr 2013 wie im Jahr 1992 bei der Früherkennung von Krankheiten. Allerdings fällt diese Position mit Ausgaben von unter 2 Milliarden Euro nicht besonders stark ins Gewicht.

Trotz oder wegen der steigenden Aufwendungen ist die Verweildauer im Krankenhaus deutlich gesunken. Sie hat sich von 14 Tagen im Jahr 1991 auf 7,5 Tage im Jahr 2013 annähernd halbiert (Abbildung 4-1). Bei der Abrechnung der Krankenhäuser ersetzen die seit dem Jahr 2004 verbindlich gewordenen Fallpauschalen die vorher üblichen Tagessätze. Seitdem besteht ein wirtschaftlicher Anreiz, Patienten nicht länger als nötig im Krankenhaus zu halten. Dennoch gab es keinen Bruch in der Entwicklung der Verweildauer. Sie sank bereits vor dem Jahr 2004 kontinuierlich und nahm auch danach noch weiter ab. Dies spricht dafür, dass der technische Fortschritt mit minimal-invasiven Operationsverfahren und anderen schonenden Techniken tatsächlich zu einer schnelleren Heilung beigetragen hat. Zwar ist im Gegenzug die Zahl der Patienten seit Anfang der 1990er-Jahre um 28 Prozent gestiegen, dennoch überwiegt klar der Einfluss der rückläufigen Verweildauer. Denn die Belegungstage insgesamt sind seit 1991 immerhin um 30 Prozent gesunken.

Nicht nur die Zeit im Krankenhaus ist kürzer geworden, auch der Krankenstand der Arbeitnehmer ist langfristig gesunken. Waren 1991 im Durchschnitt noch knapp 5 Prozent der Beschäftigten krankgemeldet, betrug der Krankenstand zuletzt nur knapp 4 Prozent. Gegenüber dem Tiefstand im Jahr 2007 von gut 3 Prozent zeigt sich allerdings wieder ein leichter Anstieg. Die eher kurzfristige Entwicklung wird jedoch auch von konjunkturellen Einflüssen und Sonderfaktoren wie Grippewellen beeinflusst.

Tabelle 4-1: Gesundheitsausgaben nach Trägern

In Millionen Euro

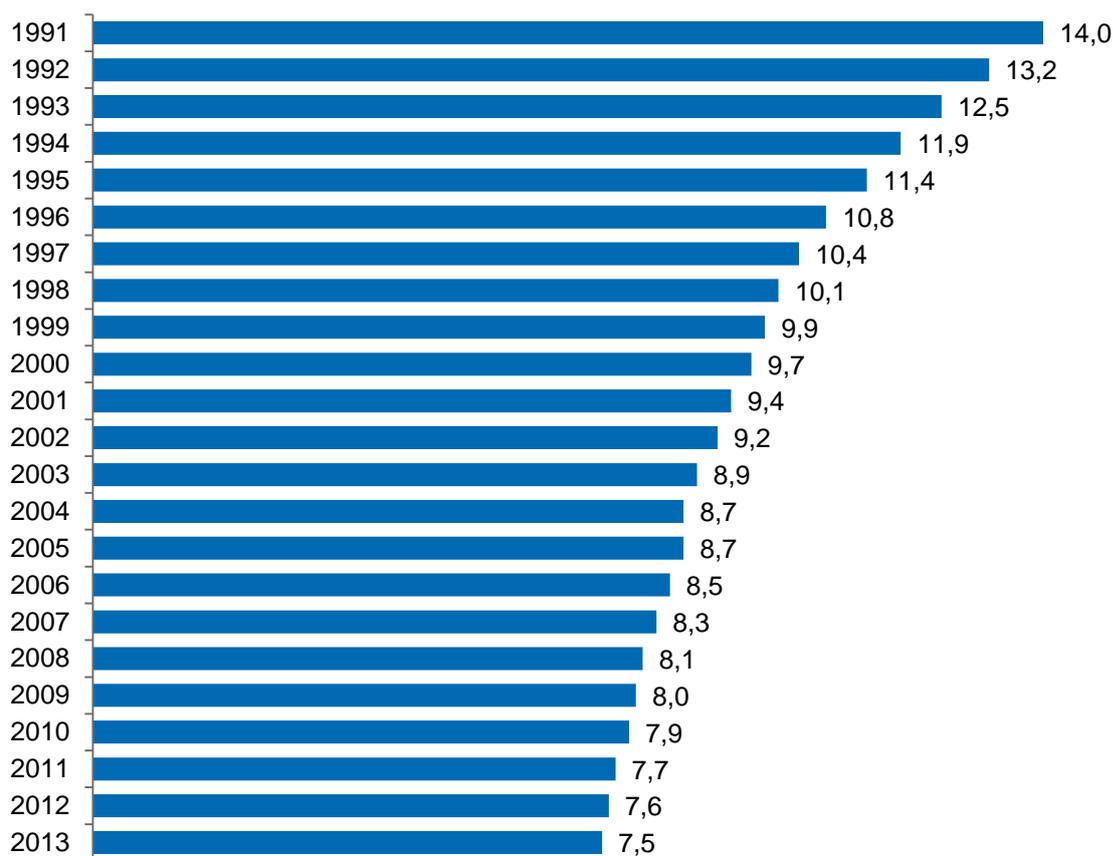
	1992	2000	2013
Öffentliche Haushalte	17.628	13.614	14.581
Gesetzliche Krankenversicherung	98.718	123.914	181.460
Soziale Pflegeversicherung	–	16.706	24.398
Gesetzliche Rentenversicherung	3.530	3.528	4.268
Gesetzliche Unfallversicherung	2.838	3.687	5.005
Private Krankenversicherung	11.679	17.604	28.898
Arbeitgeber	6.958	8.688	13.459
Private Haushalte	17.304	25.099	42.870
Insgesamt	158.656	212.841	314.939

Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 4-1: Verweildauer im Krankenhaus

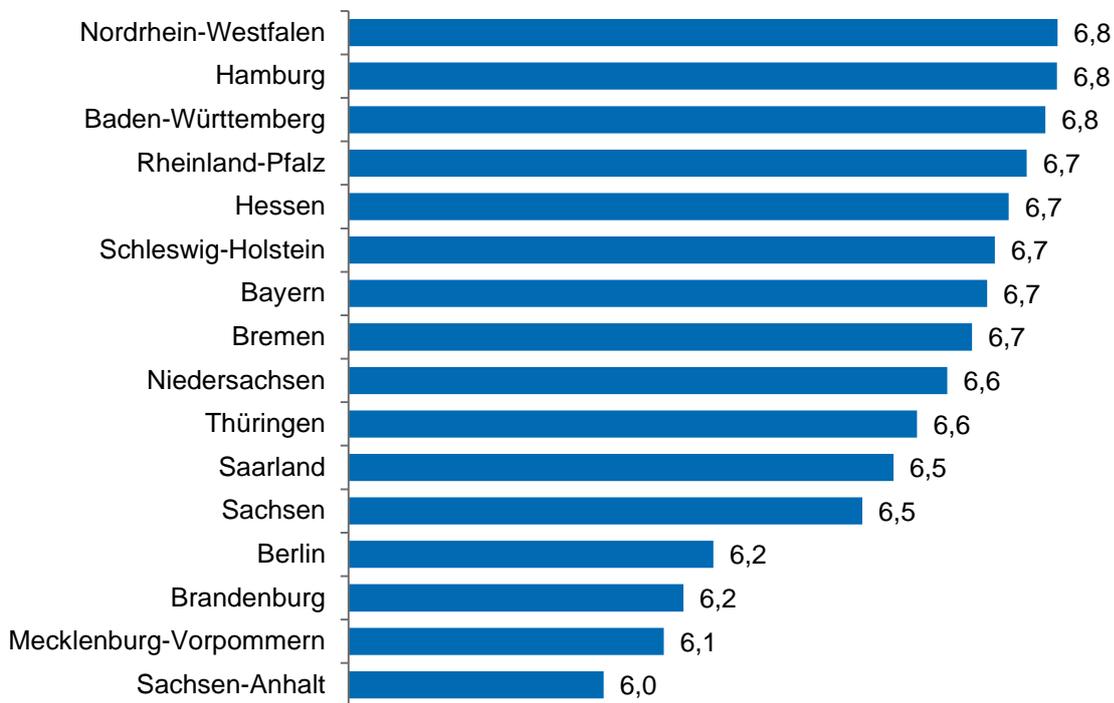
In Tagen



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 4-2: Zufriedenheit mit der Gesundheit

Wert auf einer Skala von 0 (völlig unzufrieden) bis 10 (höchst zufrieden) im Jahr 2012



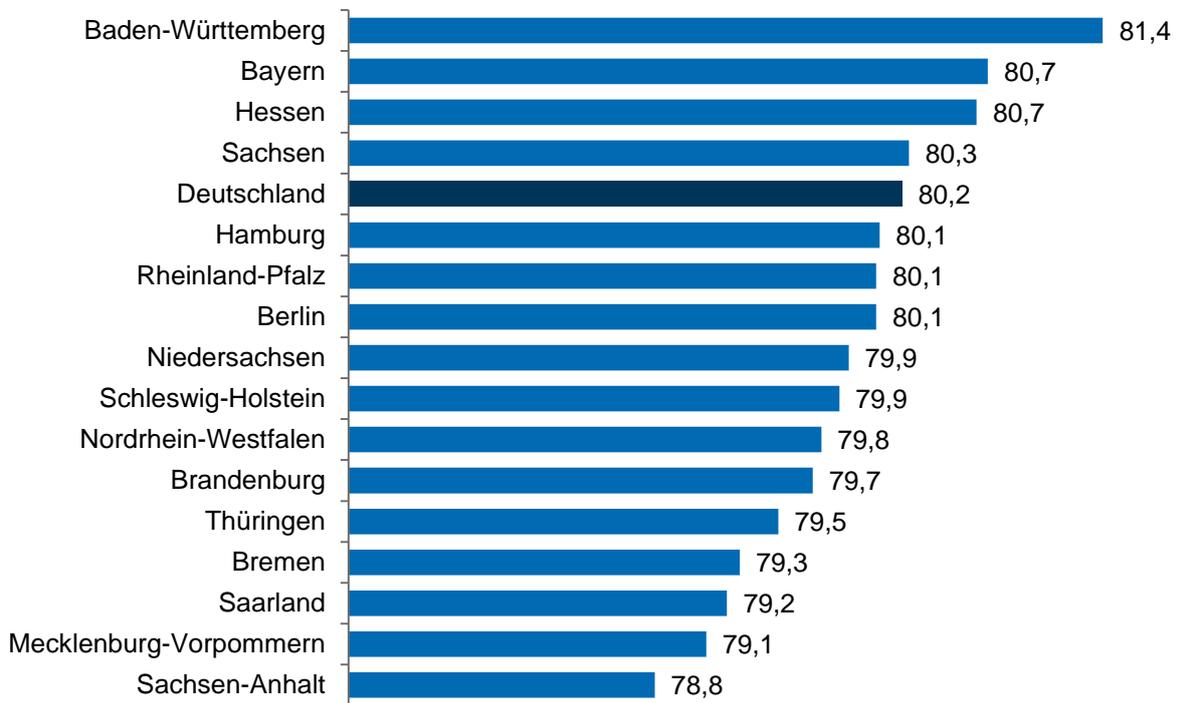
Quellen: SOEP v 29; eigene Berechnungen

Trotz dieser positiven Zahlen ist die subjektive Zufriedenheit mit der Gesundheit seit Anfang der 1990er-Jahre im Trend nicht deutlich gestiegen. Auf einer Skala von 0 bis 10 war der Skalenswert im Jahr 2012 lediglich um 0,1 höher als 1991. Allerdings war die Gesundheitszufriedenheit nur um die Jahrtausendwende leicht höher als heute und ist gegenüber 2004 um immerhin 0,2 Punkte angestiegen. Damit zeigt sich, wenngleich mit etwas schwächeren Ausschlägen, ein ähnlicher Verlauf wie bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Die gegenüber Mitte des letzten Jahrzehnts deutlich bessere Konjunktur mit jetzt deutlich höherer Arbeitsplatzsicherheit beziehungsweise als besser empfundenen Einstellungschancen hat hier Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Dieser gestiegene Optimismus hat sich womöglich auch positiv auf die Gesundheit oder doch zumindest auf die Gesundheitswahrnehmung ausgewirkt.

Im Vergleich der Bundesländer liegen die meisten westdeutschen Länder eng zusammen, wobei Nordrhein-Westfalen und Hamburg gleichauf an der Spitze liegen (Abbildung 4-2). Merklich zurück liegen die ostdeutschen Bundesländer und Berlin. Lediglich Thüringen und Sachsen erreichen bei der Gesundheitszufriedenheit annähernd Westniveau. In diesen beiden Ostländern ist die Zufriedenheit auch gegenüber Anfang der 1990er-Jahre nicht merklich zurückgegangen, während sie sich in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt deutlich verschlechtert hat. Damit zeigt sich hier einer der wenigen Bereiche, bei dem sich der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland gegenüber 1991 vergrößert hat.

Abbildung 4-3: Lebenserwartung nach Bundesländern

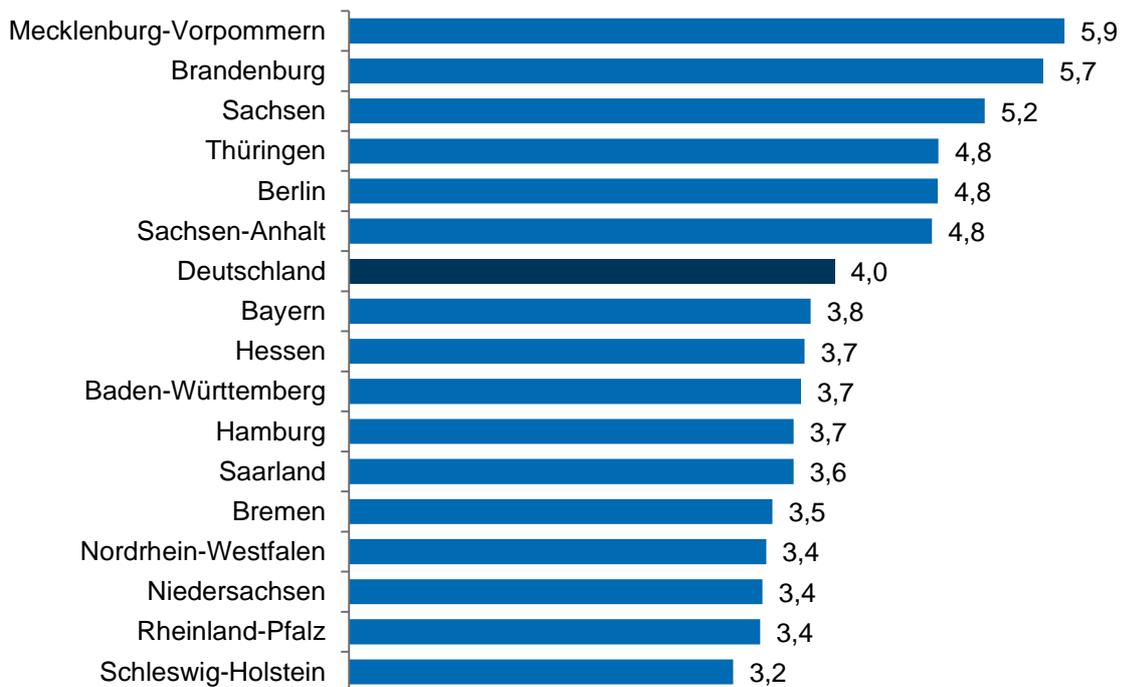
Bei der Geburt in Jahren nach Sterbetafel 2009/2011



Quelle: Statistisches Bundesamt

Abbildung 4-4: Anstieg der Lebenserwartung nach Bundesländern

Bei der Geburt in Jahren, Sterbetafel 2009/2011 gegenüber Sterbetafel 1993/1995



Quelle: Statistisches Bundesamt

Auch bei der Lebenserwartung nehmen die neuen Bundesländer mit Bremen die hinteren Plätze ein (Abbildung 4-3). Der Abstand zu den Westländern ist allerdings nicht groß und Sachsen kann sich sogar an die vierte Position des von Baden-Württemberg mit klarem Abstand angeführten Länderrankings setzen. Nicht ins Bild der in Ostdeutschland gesunkenen Zufriedenheit mit der Gesundheit passt die Tatsache, dass die Lebenserwartung gerade in den ostdeutschen Ländern besonders stark gestiegen ist (Abbildung 4-4). Ausgerechnet in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg – den beiden Ländern mit der deutlichsten Verschlechterung der Gesundheitszufriedenheit – ist die Lebenserwartung mit Abstand am stärksten gestiegen: Der Zuwachs zwischen den Jahren 1994 und 2010 beträgt dort fast sechs Jahre und liegt damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 4 Jahren. Auch alle anderen ostdeutschen Bundesländer konnten den Abstand in der Lebenserwartung gegenüber den westlichen Bundesländern deutlich verkürzen.

Die hinzu gewonnen Lebensjahre bedeuten dabei keineswegs eine Verlängerung der Morbiditätsphase vor dem Tod, sondern das Alter ist tatsächlich jünger geworden, wie eine aktuelle Studie Berliner Forschungseinrichtungen ihre Ergebnisse auf den Punkt bringt: Die heute 75-Jährigen hätten gegenüber ihren Altersgenossen in den letzten 20 Jahren deutlich an kognitiver Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden hinzugewonnen.

5 Wie wir uns entwickeln: Bildung und Forschung

Bildungsinvestitionen haben besonders im Kleinkindalter eine hohe Rendite. Genießen Kinder im Vorschulalter eine qualifizierte Betreuung, lassen sich zudem Sprachprobleme einfacher beheben und so die Startchancen von Kindern mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Schichten erhöhen. Eine gute (Klein-)Kinderbetreuung erleichtert zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und macht es auch Alleinerziehenden oder bei Paaren beiden Elternteilen gleichzeitig möglich, eine Vollzeitstelle anzunehmen.

Daher ist es als eine sehr positiv zu bewertende Entwicklung, dass sich die Betreuung von Kleinkindern innerhalb von acht Jahren wesentlich verbessert hat. Die Quote für Kinder unter drei Jahre hat mit aktuell rund einem Drittel zwar noch ein hohes Entwicklungspotential. Im Jahr 2006 konnte aber erst jedes siebte Kleinstkind betreut werden. Bei den Kindern zwischen 3 und 5 Jahren liegt die Betreuungsquote inzwischen in allen Bundesländern bei über 90 Prozent (s. Tabelle 5-1).

Unter den Bundesländern hat Brandenburg mit 58 Prozent für die unter 3-jährigen die höchste Betreuungsquote knapp vor Sachsen-Anhalt. In allen ostdeutschen Ländern werden mindestens rund die Hälfte der Kleinkinder in Tageseinrichtungen betreut. Bereits 2006 lag die Betreuungsquote dort bei einem Drittel und mehr. In den westdeutschen Ländern wurde dagegen 2006 maximal jedes zehnte Kind unter drei Jahren in einer Tageseinrichtung betreut. Eine Ausnahme ist lediglich Hamburg mit einer Betreuungsquote von 21 Prozent im Jahr 2006, die auf 42,5 Prozent verdoppelt wurde. Bei den älteren Kleinkindern von drei bis 5 Jahren sind die Unterschiede zwischen den Bundesländern gering. Mit Rheinland-Pfalz weist sogar ein westdeutsches Bundesland die höchste Betreuungsquote auf (97,7 Prozent).

Tabelle 5-1: Kindertagesbetreuung nach Bundesländern

Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kinderpflege an allen Kindern dieser Altersklasse

	Kinder unter 3 Jahre		Kinder von 3 bis 5 Jahren	
	2006	2014	2006	2014
Brandenburg	40,4	58,2	91,5	96,1
Sachsen-Anhalt	50,2	58,0	91,3	95,4
Mecklenburg-Vorpommern	43,1	56,4	91,7	95,3
Thüringen	37,9	52,4	94,9	97,0
Sachsen	33,5	49,8	92,7	95,9
Berlin	37,8	45,8	88,3	94,2
Hamburg	21,0	42,5	78,7	90,1
Deutschland	13,6	32,3	86,9	93,6
Rheinland-Pfalz	9,4	30,8	93,6	97,7
Schleswig-Holstein	7,5	30,4	81,0	91,1
Hessen	9,0	28,9	88,8	93,3
Niedersachsen	5,1	27,9	79,3	93,7
Baden-Württemberg	8,7	27,7	93,2	94,7
Bayern	8,2	27,1	84,9	91,5
Bremen	9,2	26,9	84,4	90,5
Saarland	10,2	26,9	93,8	96,3
Nordrhein-Westfalen	6,5	23,7	83,7	92,5

Reihenfolge nach Betreuungsquote der unter 3-jährigen im Jahr 2014

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die gestiegene Bedeutung der Tageseinrichtungen lässt sich nicht nur an der jetzt höheren Betreuungsquote der Kleinkinder ablesen, sondern spiegelt sich auch in den Bildungsinvestitionen wider: Legte der Staat im Jahr 2005 ebenso wie 1995 und 2000 für die Tageseinrichtungen 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an, waren es im Jahr 2012 mit 0,8 Prozent erheblich mehr. Ohne diesen Anstieg bei den Tageseinrichtungen wären auch die gesamten Bildungsausgaben gemessen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zuletzt (2012) nicht höher gewesen als Anfang oder Mitte des letzten Jahrzehnts (Tabelle 5-2). Gegenüber Mitte der 1990er-Jahre ergibt sich auch so nur ein geringer Anstieg von 0,1 Prozentpunkten auf jetzt 4,1 Prozent des BIP. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Schülerzahl demografiebedingt deutlich gesunken ist – heute gibt es 15 Prozent weniger Schüler als 1995. Die Studentenzahlen sind hingegen deutlich gestiegen. Absolut gesehen sind die Bildungsinvestitionen dennoch deutlich ausgeweitet worden – und bei konstanter BIP-Quote tun sie das umso schneller je dynamischer die Wirtschaftsleistung wächst.

Deutliche quantitative Fortschritte zeigen sich nicht nur bei der Betreuungsquote der Kleinkinder auch der Anteil der Studienberechtigten ist merklich gestiegen: Mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 20 Jahren ist heute studienberechtigt, im Jahr 1995 war es erst gut ein Drittel (Tabelle 5-3). Unter den Bundesländern lag Hamburg mit einer Studienberechtigtenquote von 60 Prozent vorne, während in Sachsen-Anhalt lediglich 36 Prozent der jungen Erwachsenen Zugangsmöglichkeiten zu Fachhochschulen oder Universitäten hatten. Dort ist der Anteil der Studienberechtigten sogar niedriger als 1995, wie überhaupt die ostdeutschen

Länder nur eine geringe Anstiegsdynamik zeigen und mit Ausnahme Brandenburgs aktuell weit unterdurchschnittliche Berechtigungsquoten ausweisen.

Tabelle 5-2: Öffentliche Bildungsausgaben

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	1995	2000	2005	2012
Insgesamt	4,0	3,8	3,8	4,1
Schulen	2,3	2,2	2,2	2,1
Hochschulen	0,9	0,8	0,8	0,9
Weiterbildung	0,1	0,1	0,1	0,1
Förderungsmaßnahmen	0,2	0,1	0,2	0,2
Jugend und Tageseinrichtungen	0,5	0,5	0,5	0,8

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Statistisches Bundesamt

Tabelle 5-3: Studienberechtigungsquoten nach Bundesländern

Anteil der Studienberechtigten an der durchschnittlichen Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren

	1995	2000	2005	2013
Hamburg	46,0	48,6	45,4	60,1
Baden-Württemberg	34,1	36,3	44,0	57,9
Hessen	37,9	42,2	46,7	57,8
Saarland	37,6	39,1	45,7	56,5
Bremen	40,5	42,2	49,0	55,9
Berlin	36,8	37,2	44,7	55,0
Brandenburg	36,8	36,1	39,3	53,7
Deutschland	36,4	37,2	42,5	51,7
Niedersachsen	33,7	36,8	41,8	51,3
Nordrhein-Westfalen	42,0	44,3	52,4	50,1
Schleswig-Holstein	34,7	33,5	38,3	49,3
Thüringen	41,1	36,1	38,9	48,2
Rheinland-Pfalz	30,6	34,7	37,2	46,3
Bayern	27,2	30,4	34,0	46,1
Sachsen	42,5	32,9	36,8	44,3
Mecklenburg-Vorpommern	37,9	30,3	31,3	40,2
Sachsen-Anhalt	39,1	34,0	35,0	36,2

Hessen 2013: 2012, da keine um G8-Effekt bereinigte Quote verfügbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt

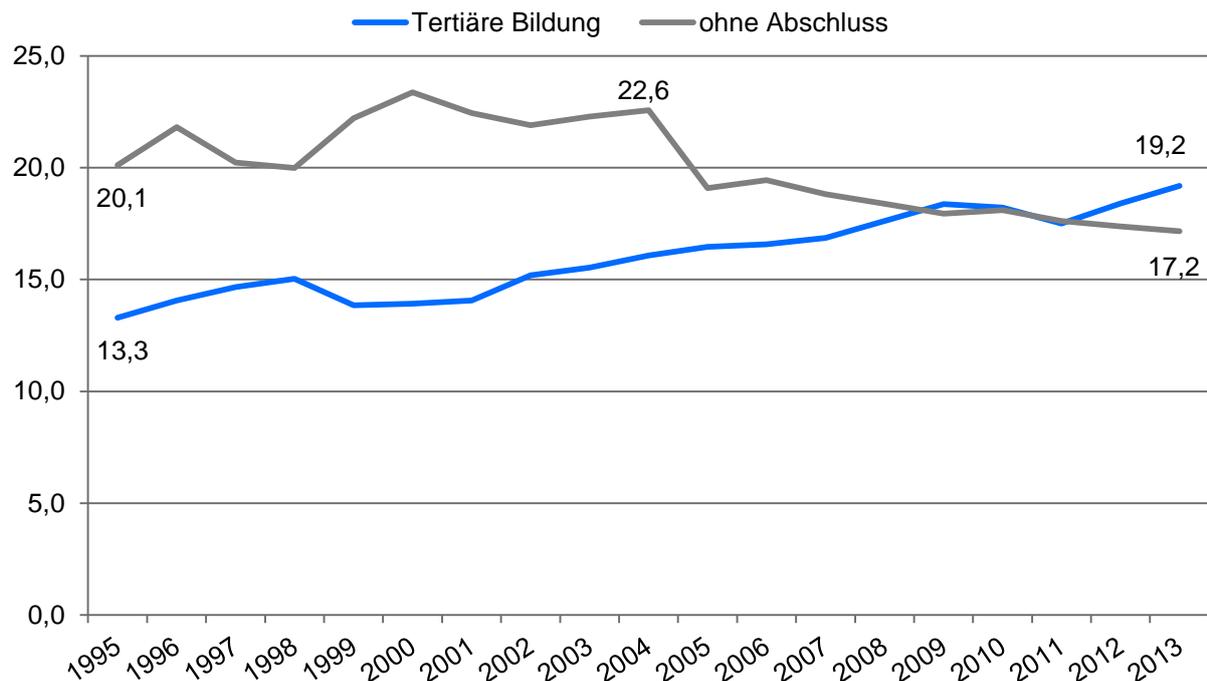
Nicht nur im schulischen Bereich hat sich das formale Qualifikationsniveau erhöht, sondern auch bei der beruflichen Bildung sind die Abschlüsse hochwertiger geworden. So ist der Anteil der Erwerbstätigen ohne Bildungsabschluss seit 2004 um mehr als 5 Prozentpunkte gesunken. Mit nunmehr 17 Prozent ist er inzwischen niedriger als der Anteil der Hochqualifizierten (19 Prozent), der seit 1995 um 6 Prozentpunkte gestiegen ist (s. Abbildung 5-1). Zwar ist Deutschland bei dem Anteil der Hochqualifizierten international nicht in der Spitzengruppe, durch das

duale System kann es aber eine besonders fundierte Facharbeiter-Ausbildung in die Waagschale werfen.

Insgesamt hat sich der Anteil der Personen mit niedrigem Bildungsstand – hier definiert als Anteil der Personen zwischen 25 und 65 Jahren, die weder einen Berufsabschluss haben noch über eine (Fach)-Hochschulreife verfügen allein zwischen 2005 und 2013 von knapp 17 auf knapp 14 Prozent reduziert. Damit ist der Anteil der Personen in „Bildungsarmut“ und damit auch erschwerten Entfaltungsmöglichkeiten merklich gesunken.

Das verbesserte Qualifikationsniveau spiegelt auch die höheren Qualifikationsanforderungen, die sich durch den technischen Fortschritt und die Globalisierung ergeben, wider. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel nicht zuletzt im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich (MINT) zeigt bereits auf, dass hier die Entwicklung noch weiter gehen muss und insofern auch für die Politik kein Anlass besteht, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Gleichwohl markiert eine höhere Bildung einen Fortschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung, deren Betrachtung hier im Fokus steht.

Abbildung 5-1: Erwerbstätige nach Qualifikation
in Prozent aller Erwerbstätigen



Tertiäre Bildung: Fachhochschulabschluss oder Hochschulabschluss; ohne Abschluss: ohne Berufs- oder Hochschulabschluss

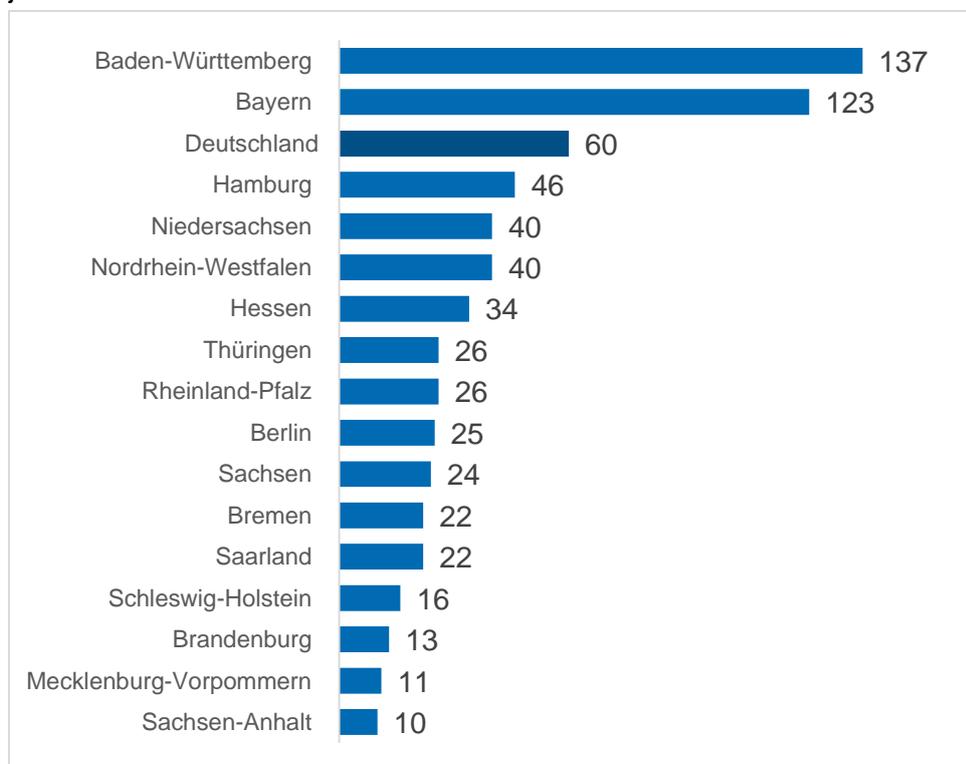
Quelle: Statistisches Bundesamt

Sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit als auch für die gesellschaftliche Entwicklung ist Innovation unverzichtbar. Gemessen an den Patentanmeldungen gab es in den letzten Jahren keinen ansteigenden Trend. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegen unter den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern deutlich vorne (Abbildung 5-2). In beiden Bundesländern mit einem

hohen Industrieanteil sind viele Hauptsitze großer Konzerne aber auch viele mittelständische „Hidden-Champions“ ansässig. Das gute Abschneiden der beiden großen süddeutschen Flächenländer ist somit nicht allein den Erfindungsreichtum seiner Einwohner zu verdanken, sondern hat nicht zuletzt strukturelle Gründe.

Auch wenn es die mittelfristige Patentstatistik nicht widerspiegelt ist die Forschung dennoch intensiver geworden. Dies zeigt der Anteil der Personen in Forschung und Entwicklung (FuE) an allen Beschäftigten: Er ist von gut 11 Prozent im Jahr 1995 auf 12,6 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Wie bei den Patenten haben auch hier – wiederum begünstigt durch die oben genannten strukturellen Gründe – Baden-Württemberg und Bayern deutlich die Nase vorn.

Abbildung 5-2: Patentanmeldungen nach Bundesländern
je 100.000 Einwohner im Jahr 2014



Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt (DPMA)

6 Was uns umgibt: Umwelt und Sicherheit

Der gesellschaftliche Gewinn einer dynamischen Wirtschaft wäre deutlich eingeschränkt, wenn die Umweltbelastung stark anstiege oder wenn man sich auf den Straßen nicht mehr sicher fühlen könnte. Durch das gestiegene Umweltbewusstsein und durch Ressourcen schonenderes Wirtschaften hat es aber gerade im Umweltbereich deutliche Verbesserungen gegeben. So ist trotz gestiegenen Konsums das Aufkommen an Hausmüll seit 1996 um mehr als ein Fünftel gesunken (Tabelle 6-1). Die neuen Länder konnten ihr Müllaufkommen besonders stark reduzieren. Sachsen ist dadurch hinter Baden-Württemberg zum Land mit den niedrigsten Müllaufkommen pro Einwohner geworden. Ein deutlicher Rückgang ist nicht nur beim Hausmüll, sondern auch beim gesamten Abfallaufkommen zu verzeichnen (von dem der Hausmüll nur einen kleinen Teil ausmacht): Es ist zwischen 1996 und 2012 um 13 Prozent gesunken.

Tabelle 6-1: Aufkommen an Haushaltsabfällen

in kg je Einwohner

	1996	2005	2012	Veränderung 1996-2012 in %
Baden-Württemberg	165	146	145	-12,2
Sachsen	280	160	150	-46,6
Bayern	181	163	165	-8,9
Thüringen	291	202	183	-37,1
Rheinland-Pfalz	225	199	187	-16,8
Saarland	336	255	188	-44,1
Niedersachsen	258	199	191	-26,0
Deutschland	247	204	193	-21,8
Hessen	237	208	198	-16,2
Sachsen-Anhalt	338	236	203	-39,7
Brandenburg	334	220	213	-36,3
Nordrhein-Westfalen	257	228	218	-15,1
Bremen	286	247	229	-19,8
Schleswig-Holstein	264	232	230	-13,0
Mecklenburg-Vorpommern	300	235	233	-22,3
Berlin	342	288	255	-25,3
Hamburg	381	361	300	-21,3

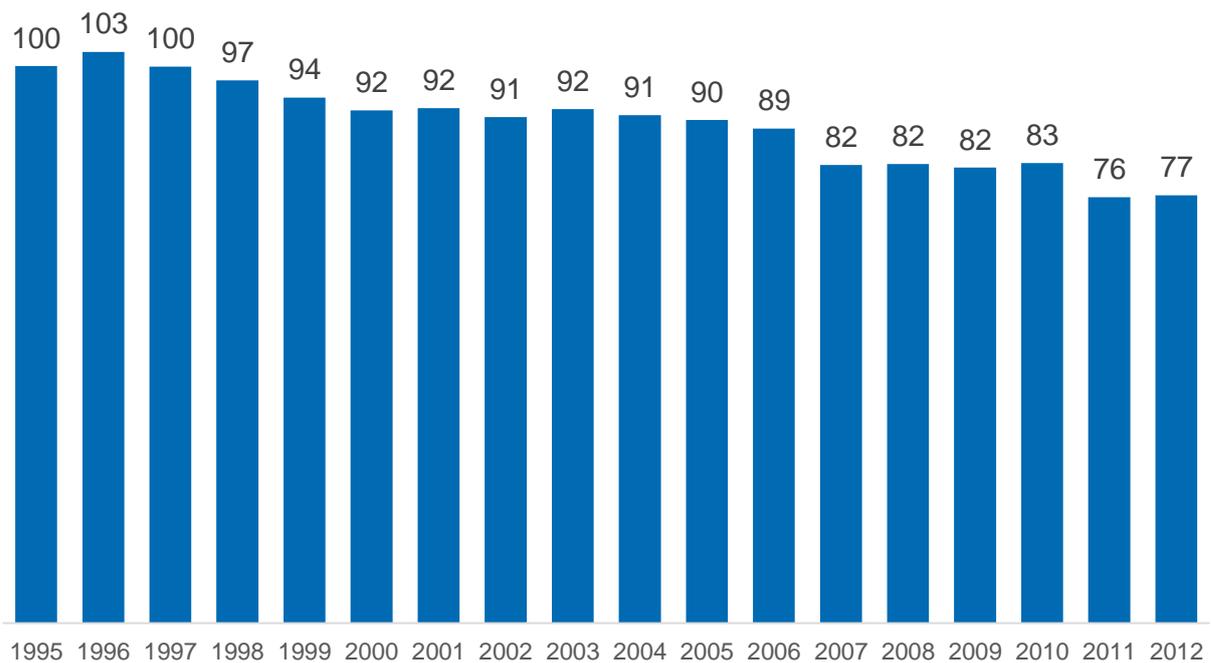
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die bessere und schonendere Ressourcennutzung zeigt sich auch beim Energieverbrauch. Für die gleiche Menge erwirtschafteter Güter wird heute fast ein Viertel weniger Energie benötigt als 1995 (Abbildung 6-1). Die Energieeffizienz ist also deutlich gestiegen. Unter den Bundesländern gingen zuletzt die Stadtstaaten Hamburg und Berlin mit ihren hohen Dienstleistungsanteil am effizientesten mit der Energie um, aber auch die süddeutschen Länder Baden-Württemberg, Hessen und Bayern haben trotz hohem Industrieanteils eine deutlich überdurchschnittliche Energie-Effizienz. Die ostdeutschen Länder setzen bezogen auf ihre Wirtschaftsleistung zu meist überdurchschnittlich viel Energie ein, wobei die Energie-Effizienz in Sachsen-Anhalt und Brandenburg am geringsten und nur halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt ist. Dies bedeutet allerdings nicht zwangsläufig, dass die dortigen Unternehmen und Haushalte besonders

sorglos mit der Energie umgehen oder mit veralteter Technik produzieren, sondern ist auch eine Frage der konkreten Branchenstruktur. Schaut man nicht nur auf die Energieeffizienz sondern auf den absoluten Verbrauch an Energie, ergibt sich ebenfalls ein Rückgang: Der Primärenergieverbrauch war zuletzt 8 Prozent niedriger als 1991 und 4 Prozent geringer als Mitte der 1990er-Jahre.

Abbildung 6-1: Energieeffizienz

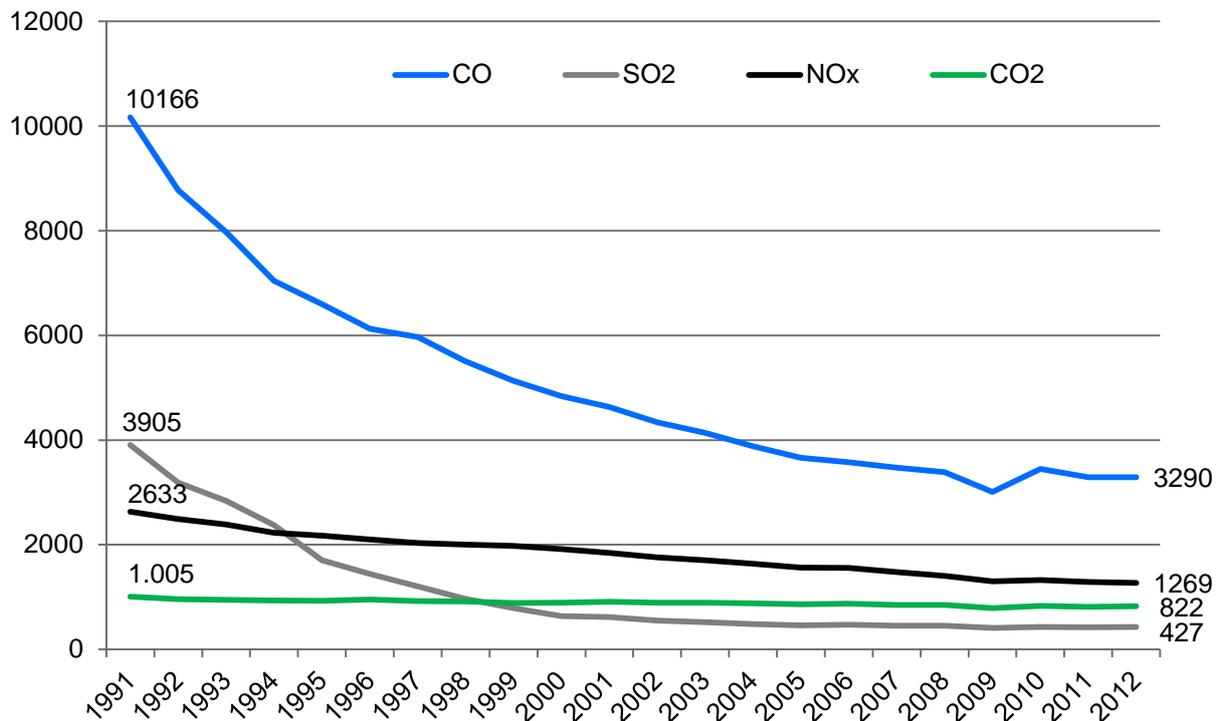
Primärenergieverbrauch je Einheit reales Bruttoinlandsprodukt; 1995 = 100



Quelle: Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Deutlich verbessert hat sich die Luftbelastung. Atemmasken und Fahrverbote wegen unzumutbarer Smog-Belastung sind in Deutschland kein Thema. Von Schwefeldioxid wird heute nur noch gut ein Zehntel der Menge emittiert, die Anfang der 1990er-Jahre ausgestoßen wurde. Die Kohlenmonoxid-Emissionen betragen aktuell nur noch ein Drittel der Menge von 1991, während sich der Stickoxid-Ausstoß seit Anfang der 1990er-Jahre halbiert hat. Auch bei den Klimagasen sieht es merklich besser aus als zu Beginn der 1990er-Jahre. So beträgt der Rückgang bei Kohlendioxid-Emissionen gegenüber 1991 fast ein Fünftel (Abbildung 6-2). Wie man dieses Ergebnis interpretiert ist eine Ansichtssache. Denn einerseits lässt sich der Klimawandel, der ja wesentlich durch den Ausstoß von Klimagasen herbeigeführt wurde, durch die nun zumindest in Deutschland verringerten Emissionen nur verlangsamen – so gesehen bleibt es bei einer Verschlechterung der globalen Klimabedingungen. Andererseits ist in den letzten Jahren ein deutliches Bemühen erkennbar, auf die klimatischen Prozesse Einfluss zu nehmen und die Zusatzbelastung durch neue Klimagas-Emissionen zu verringern.

Abbildung 6-2: Emissionen von Luftschadstoffen und CO₂
in 1.000 Tonnen



Quelle: Umweltbundesamt (UBA)

Kriminalität und Gewalt sind Schattenseiten des gesellschaftlichen Lebens und können beispielsweise durch große soziale Ungleichheiten, mangelnde Integration und das Gefühl von Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt und im Leben allgemein verstärkt werden. In Deutschland ist eine Zunahme von Gewaltkriminalität im Trend nicht feststellbar. Zwar war zuletzt die Opfergefährdung um knapp 6 Prozent höher als zur Jahrtausendwende. Die meisten Opfer gab es jedoch im Jahr 2007 und seit dem ist die Gefahr Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden wieder um mehr als 13 Prozent gesunken (Tabelle 6-2). Bei Mord und Totschlag – also den schlimmsten Verbrechen –, bei Sexualdelikten und bei Straßenraub sind die Opferzahlen zudem niedriger als im Jahr 2000, während bei schwerer Körperverletzung heute ein deutlich höherer Wert zu verzeichnen ist als im Jahr 2000. Aber auch hier gehen die Opferzahlen seit dem Jahr 2007 wieder kontinuierlich zurück.

Diese Verbrechensentwicklung mag auch dazu beigetragen haben, dass sich die Deutschen deutlich weniger Sorgen als früher um ihre persönliche Sicherheit machen: Nur mehr knapp ein Drittel der Bevölkerung macht sich große Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung. 1995 galt dies noch für mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Sorgenvoller als die Westdeutschen zeigen sich die Bürger aus den ostdeutschen Bundesländern (Tabelle 6-3). So machen sich die Brandenburger fast doppelt so häufig große Sorgen um die Kriminalität wie die Hamburger und die Bayern. Sehr deutlich sind in den ostdeutschen Bundesländern aber die Anteile der Hochbesorgten zurückgegangen. Auch bei der Gelassenheit in Hinblick auf die Zukunft der Kriminalität gibt es also offenbar eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland.

Tabelle 6-2: Gewaltkriminalität

Opfer pro 100.000 Einwohner

	Insgesamt	schwere Körperverletzung	Sexualdelikte	Straßenraub	Mord und Totschlag
2000	256,4	161,9	18,5	44,3	3,8
2001	259,7	168,0	19,2	41,3	3,6
2002	271,9	177,1	21,1	42,9	3,6
2003	284,4	187,2	21,4	43,7	3,5
2004	294,4	197,8	21,7	43,9	3,4
2005	298,5	210,4	20,2	37,7	3,3
2006	308,7	219,7	20,9	37,2	3,5
2007	312,5	225,8	20,1	37,8	3,4
2008	303,6	221,9	19,1	34,4	3,3
2009	301,0	220,0	18,7	33,1	3,3
2010	291,3	211,4	19,3	31,5	3,2
2011	286,2	206,8	17,5	32,2	3,1
2012	282,4	202,1	17,2	32,1	3,1
2013	270,7	192,2	16,4	32,7	3,2

Sexualdelikte: unter Gewaltanwendung oder unter Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen; Straßenraub: Handtaschenraub und sonstiger Raub auf Straßen, Wegen und Plätzen; Mord und Totschlag: Einschließlich Tötung auf Verlangen.

Quelle: Bundeskriminalamt (BKA)

Tabelle 6-3: Kriminalitätsfurcht nach Bundesländern

Anteil der Bevölkerung, die sich große Sorgen um die Kriminalitätsentwicklung in Deutschland macht, in Prozent

	1995	2000	2005	2012
Hamburg	47	56	35	24
Bayern	48	42	44	24
Baden-Württemberg	48	47	46	25
Hessen	58	56	46	28
Niedersachsen	57	57	52	30
Saarland	–	53	52	30
Deutschland	56	54	50	31
Schleswig-Holstein	52	42	31	32
Rheinland-Pfalz	55	55	52	33
Bremen	66	62	63	33
Thüringen	74	64	57	34
Nordrhein-Westfalen	51	53	54	36
Sachsen	71	64	49	36
Mecklenburg-Vorpommern	66	69	61	36
Berlin	66	61	52	36
Sachsen-Anhalt	79	70	63	40
Brandenburg	71	66	57	42

Quelle: SOEP v29; eigene Berechnungen

7 Allgemeiner Trend und Fazit

Die vorangegangenen Kapitel haben belegt, dass die Erhöhung der Wirtschaftskraft in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht durch Einbußen in anderen Lebensbereichen erkauft wurde. Dies ist naheliegend, wenn es um Besitz und Wohnungsqualität geht, gilt aber auch für die Zufriedenheit mit der Freizeit, Gesundheit und Lebenserwartung, das Bildungsniveau, die Umweltbelastung und für das Sicherheitsempfinden. Vieles ist direkte Folge der gestiegenen Wirtschaftskraft und der gestiegenen Einkommen. Mehr Geld sowohl in der privaten als auch in der staatlichen Kasse macht es möglich, den Wohnkomfort zu erhöhen, neue Freizeitmöglichkeiten eröffnen sich und die drastisch angestiegenen Gesundheitsausgaben verpuffen zumindest nicht vollständig in Kostensteigerungen, sondern führen auch zu mehr gesunden Lebensjahren. Die Bildungsausgaben sind zumindest genauso schnell gestiegen wie das BIP und legten damit ebenfalls deutlich zu. Die teilweise angejahrte Infrastruktur einerseits und Rentengeschenke andererseits zeigen zwar, dass der Staat seine Balance aus sozialen Wohltaten und Zukunftsfürsorge durchaus überdenken könnte. Dennoch haben die höheren staatlichen Ausgaben unbestritten auch zu Fortschritten in vielen Lebensbereichen beigetragen. Es sind aber natürlich nicht nur die Ausgaben die zu Veränderungen führen, sondern auch der kulturelle Wandel. So haben sich beispielsweise die Geschlechterrollen gewandelt und es wird heute als weitgehend selbstverständlich angesehen, dass auch eine Frau mit Familie einen attraktiven und interessanten Beruf ausüben will und entsprechend viel in ihre Bildung investiert.

Bemerkenswert ist zudem in vielen Bereichen das Aufholen der neuen Bundesländer, bei so unterschiedlichen Indikatoren wie etwa der Wohnungsgröße und -ausstattung, der Zufriedenheit mit der Freizeit, der Lebenserwartung oder dem Abfallaufkommen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Politik sich auf ihren Lorbeeren ausruhen sollte. Große Herausforderungen sind hier beispielsweise beim Fachkräftemangel, der Vorsorge für die demografische Entwicklung, der alternden Infrastruktur und der Verschuldung zu meistern.

Abschließend soll versucht werden, diese unterschiedlichen Dimensionen in einem Indikator zusammenzugießen, um auf deskriptive Weise eine Gesamtschau der unterschiedlichen aufgezeigten Entwicklungsströme darzustellen und den zeitlichen Verlauf näher zu betrachten. Die ausgewiesene Veränderung insgesamt sollte indes mit äußerster Vorsicht interpretiert werden, denn zu weit gefächert ist die gesellschaftliche Entwicklung, als dass ein einzelner Indikator sie mit dem Anspruch wissenschaftlicher Korrektheit abbilden könnte. Zudem fehlt die Zielgröße, anhand derer man die Relevanz einzelner Faktoren bestimmen könnte.

Ausgewählt wurden folgende Indikatoren:

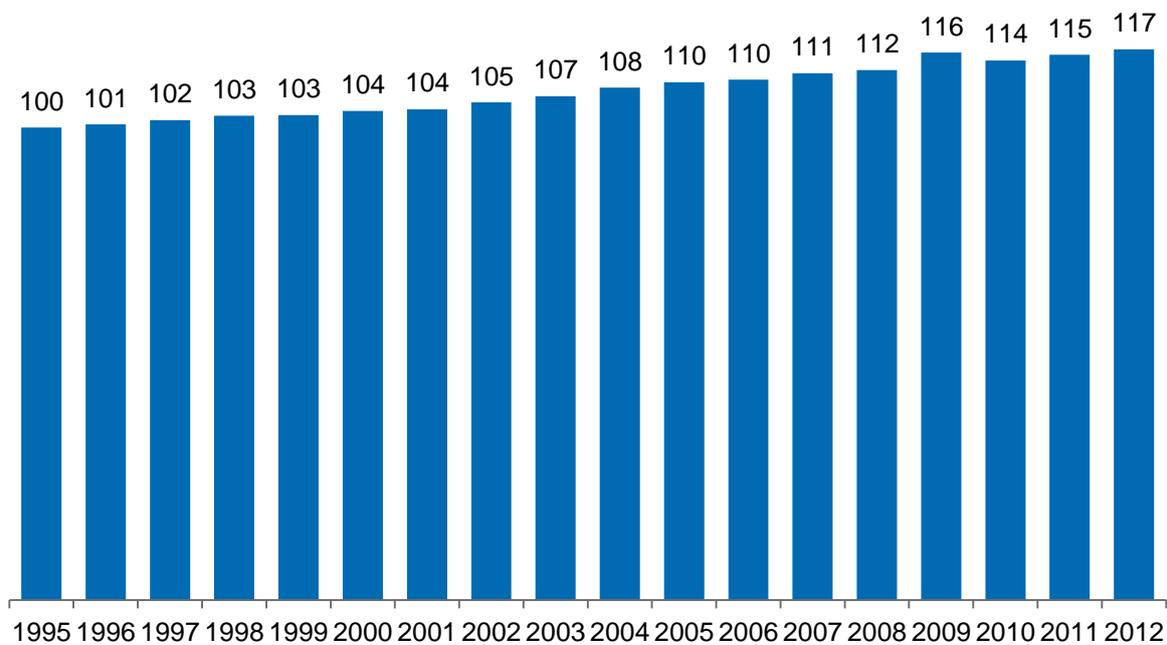
- Besitz/Freizeit: Wohnfläche (unter Berücksichtigung des höheren Pro-Kopf-Wohnflächenbedarfs von Einpersonenhaushalten), Zufriedenheit mit der Freizeit
- Gesundheit/Lebenserwartung: Lebenserwartung bei der Geburt in Jahren (dreifach gewichtet), Zufriedenheit mit der Gesundheit (doppelt gewichtet), Krankenstand
- Bildung: Anteil der Erwerbstätigen mit Berufsabschluss, Anteil FuE-Personal an allen Beschäftigten, Studienberechtigtenquote, Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts
- Umwelt/Sicherheit: Primärenergieverbrauch, Abfallaufkommen, Luftschadstoffe (Mittelwert aus CO- und NO_x-Emissionen), CO₂-Emissionen, Bevölkerungsanteil mit großen Sorgen um Kriminalitätsentwicklung

Falls nicht anders erwähnt, werden die einzelnen Indikatoren innerhalb der Bereiche gleich gewichtet und die verschiedenen Bereiche gehen wiederum mit gleichem Gewicht in den Gesamtindex ein. Die einzelnen Indikatoren werden für 1995 gleich 100 gesetzt. Bei Indikatoren, bei denen ein Anstieg eine Verschlechterung anzeigt (z. B. das Abfallaufkommen) wird die Entwicklung des Kehrwerts betrachtet.

Im Ergebnis zeigt sich ein recht stetiger Anstieg des Gesamtindikators um insgesamt 17 Prozent mit einer leicht beschleunigten Dynamik nach 2002 (Abbildung 7-1). Auf den ersten Blick kontraintuitiv ist dabei der hohe Wert im Wirtschaftskrisenjahr 2009. Dieser erklärt sich daraus, dass sich durch die gedrosselte Produktion kurzfristig viele Umweltindikatoren deutlich gebessert haben, während die meisten andern Faktoren starken konjunkturellen Schwankungen unterliegen.

Abbildung 7-1: Index der gesellschaftlichen Entwicklung

1995 = 100



Quellen: BKA; BMG; Statistisches Bundesamt; SOEP v 29, UBA; eigene Berechnungen

Literatur

Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, 2014, Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, Band 1: Indikatoren und Kennzahlen, Tabellen, Ausgabe 2014, Düsseldorf.

Bundeskriminalamt, 2014, Polizeiliche Kriminalstatistik, Tabelle 91, http://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2013/Standardtabelle/Opfer/tb91_OpferInsgesamtAlterGeschlecht_excel.templateId=raw.property=publicationFile.excel/tb91_OpferInsgesamtAlterGeschlecht_excel.xls [10.07.15]

Deutsches Patent- und Markenamt, 2015, Daten, Zahlen, Fakten: Statistiken: Patente, <http://presse.dpma.de/presseservice/datenzahlenfakten/statistiken/patente/index.html> [17.04.15]

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), 2015, Deutschland in Zahlen 2015, Köln.

OECD, 2014, Better Live Index – Edition 2014, <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=BLI> [27.04.15]

Schupp, Jürgen, 2009, 25 Jahre Sozio-oekonomisches Panel - Ein Infrastrukturprojekt der empirischen Sozial- und Wirtschaftsforschung in Deutschland, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, Nr. 5, S. 350–357.

SOEP – Sozio-oekonomisches Panel, 2013, Daten für die Jahre 1984-2012, Version 29.

SOEP Group, 2014, SOEP 2012 – SOEPmonitor Person 1984-2012 (SOEP v29), http://panel.gsoep.de/soep-docs/surveypapers/diw_ssp0193.pdf [10.07.15]

Statistisches Bundesamt, 2014a, Bildungsfinanzbericht, Ausgaben für Bildung (Tabellenteil) 2014, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2014b, Fachserie 1 Reihe 1.1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Natürliche Bevölkerungsbewegung 2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2014c, Fachserie 1 Reihe 4.1.2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Mikrozensus: Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen in Deutschland 2013, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2014d, Fachserie 5 Reihe 3, Bautätigkeit und Wohnungen: Bestand an Wohnungen 31. Dezember 2013, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2014e, Fachserie 12 Reihe 6.1, Gesundheit: Grunddaten der Krankenhäuser 2013, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2014f, Fachserie 19 Reihe 1, Umwelt, Abfallentsorgung 2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2014g, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2014, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt, 2015a, Genesis-Online Datenbank, Einkommen und Ausgaben privater Haushalte: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe: Allgemeine Angaben: Tabelle 63211-001 [10.07.15]

Statistisches Bundesamt, 2015b, Genesis-Online Datenbank, Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Recht: Gesundheitswesen: Gesundheitsbezogene Rechensysteme: Gesundheitsausgabenrechnung: Gesundheitsausgaben: Deutschland, Jahre, Ausgabenträger: Tabelle 23611-0001 [10.07.15]

Statistisches Bundesamt, 2015c, Genesis-Online Datenbank, Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Recht: Gesundheitswesen: Gesundheitsbezogene Rechensysteme: Gesundheitsausgabenrechnung: Gesundheitsausgaben: Deutschland, Jahre, Leistungsarten: Tabelle 23611-0002 [10.07.15]

Umweltbundesamt, 2013, National Trend Tables for the German Atmospheric Emission Reporting 1990-2012, Dessau-Roßlau.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 4-1: Gesundheitsausgaben nach Trägern	13
Tabelle 5-1: Kindertagesbetreuung nach Bundesländern	17
Tabelle 5-2: Öffentliche Bildungsausgaben	18
Tabelle 5-3: Studienberechtigungsquoten nach Bundesländern	18
Tabelle 6-1: Aufkommen an Haushaltsabfällen	21
Tabelle 6-2: Gewaltkriminalität	24
Tabelle 6-3: Kriminalitätsfurcht nach Bundesländern	24

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1-1: Wirtschaftsleistung und Verfügbares Einkommen	5
Abbildung 2-1: Index der Lebensqualität	7
Abbildung 3-1: Ausstattungsgrad mit Gebrauchsgütern	8
Abbildung 3-2: Eigentümerquote und Wohnfläche pro Einwohner	10
Abbildung 3-3: Wohnfläche pro Einwohner nach Bundesländern	10
Abbildung 3-4: Zufriedenheit mit der Freizeit	11
Abbildung 4-1: Verweildauer im Krankenhaus	13
Abbildung 4-2: Zufriedenheit mit der Gesundheit	14
Abbildung 4-3: Lebenserwartung nach Bundesländern	15
Abbildung 4-4: Anstieg der Lebenserwartung nach Bundesländern	15
Abbildung 5-1: Erwerbstätige nach Qualifikation	19
Abbildung 5-2: Patentanmeldungen nach Bundesländern	20
Abbildung 6-1: Energieeffizienz	22
Abbildung 6-2: Emissionen von Luftschadstoffen und CO ₂	23
Abbildung 7-1: Index der gesellschaftlichen Entwicklung	26